

„Abwehr gegen den Feind“ und „Nützlichkeit für den Gegner“

Der Historische Verein des Kantons Glarus durfte am 12. Januar 1999 eine ausserordentlich grosse Schar von Gästen begrüßen. Der Name Jakob Tanners, und wohl auch das Thema seines Referates, hatte besonders viele Neugierige in den Glarnerhof gelockt. Titel des Vortrags war „*Réduit national*“ und *Aussenwirtschaft: Wechselwirkungen zwischen militärischer Dissuasion und ökonomischer Kooperation mit den Achsenmächten*. Der Referent ist Professor für Geschichte an der Universität Zürich und Mitglied der Bérgier-Kommission, und als solches auch immer wieder in den Medien präsent.

„Wir sind noch einmal davon gekommen“

„Wir sind noch einmal davon gekommen“ hiess das Stück von Thornton Wilder, das 1944 im Schauspielhaus Zürich Premiere feierte. Der Titel des Stücks brachte die vorherrschende Stimmung in der Schweiz am Ende des Zweiten Weltkriegs auf den Punkt. Die Schweiz war inmitten kämpfender Grossmächte vom Krieg verschont geblieben. Während vier Jahren war sie, völlig eingeklemmt zwischen dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland, nicht angegriffen worden. Die Schweiz war im besten Sinn des Wortes ein demokratischer „Sonderfall“ im Europa der Diktaturen geblieben. Daraus entstand der Mythos, der die Sicht des Kalten Krieges auf den Zweiten Weltkrieg bis in die 90er Jahre prägte. Die Tatsache, dass man noch einmal davongekommen war, war eine Auszeichnung. Man war eine Insel der Humanität geblieben, eine moralische Instanz, an der sich andere ein Beispiel nehmen konnten. Im Geschichtsbild des Kalten Krieges hatten diejenigen keinen Platz, die an der Grenze abgewiesen wurden, auch nicht die Wirtschaft, die mit den Achsenmächten zusammengearbeitet hatte.

Die neuen Fakten, die seit der Veröffentlichung des Bonjour-Berichts in den 70er Jahren auf den Tisch kamen, führten zu neuen Erkenntnissen, die sich nicht ohne Weiteres in das offizielle Geschichtsbild integrieren liessen.

Die Erinnerung einer Nation

Erinnerung bezieht sich auf Vergangenes, existiert aber in der Gegenwart. Unser Tun und Handeln wiederum richten wir auf Zukünftiges aus. Erinnerung ist zwar stets rückwärtsgerichtet, gibt uns aber Halt in der Gegenwart und leitet unser Tun in der Zukunft.

Neben der persönlichen Erinnerung gibt es eine kollektive. Die Familie, religiöse Gemeinschaften oder Nationen haben verbindende, einende Erinnerungen. Das Geschichtsbild widerspiegelt diese kollektive Erinnerung.

Die Wandelbarkeit von Geschichtsbildern durch neue Fakten und deren Interpretation ist nicht mit Beliebigkeit gleichzusetzen. Der Wandel gründet auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die Geschichtsforschung stützt sich auf Tatsachen und Faktenchronologien, die sich überprüfen lassen. Eine Behauptung muss, aufgrund von Quellen plausibel gemacht werden. In diesem Sinne ist eine nachvollziehbare Interpretation von Fakten durchaus objektiv.

Historiker sind aber keine Wahrheitsproduzenten. Zwar sind Fakten, zum Beispiel Zahlen, nur durch neue Fakten, und nicht durch Ansichten umzustossen, die Interpretation aber ist auch abhängig von Art und Weise der Fragestellung.

Die „höhere Wahrheit“, das offizielle Geschichtsbild der Schweiz war eine Vereinfachung der Tatsachen. Dank „Anbauschlacht“ und bewaffneter Neutralität durchgehalten zu haben vermittelte aber das Gefühl einer erfolgreich bestandenen Prüfung. Die Aussenwahrnehmung aber war primär auf den Finanzplatz Schweiz gerichtet. In den Augen der Alliierten waren die Schweizer keine freiheitsliebende Tellensöhne sondern finstere Kriegsgewinnler. „Wir werden im Grunde genommen wie ein erobertes und okkupiertes Land behandelt. [...]“ schrieb Minister Stucki 1946 von Washington nach Bern.

Die materiellen Schäden des Washingtoner Abkommens blieben für die Schweiz gering, nicht zuletzt wegen der geschickten Verhandlungsweise der Verhandlungsdelegation. Der Kalte Krieg machte die Schweiz sogar zu einem geringgesehenen Partner des Westens.

Anpassung und, oder Widerstand?

Der Beurteilung des schweizerischen Handelns während des Zweiten Weltkriegs legte Tanner das Modell der *Ambivalenz des Handelns* zu Grunde. Entscheidungsträger tendieren in Phasen extremer Unsicherheit zu Problemlösungen, die interpretationsoffen oder eben ambivalent sind. Das heisst, sie können auf zwei Optionen bezogen werden, in diesem Fall auf den deutschen „Endsieg“ oder auf den (tatsächlich eingetroffenen) Sieg der Alliierten. Die Realität macht der Ambivalenz ein Ende, sie macht den einen Fall zur „Wahrheit“.

Der Wahlen-Plan diene der Eigenversorgung und sollte die Erpressbarkeit der Schweiz durch die Achse verringern. Hätte das Deutsche Reich den Krieg gewonnen, wären wohl jene Stimmen in den Vordergrund gerückt, die in der „Anbauschlacht“ „einen Beitrag zum neuen Europa“ sahen, wie Goebbels 1941 schrieb. Denn die Idee Wählens stand, wenn auch gegen sie gerichtet, der Naziideologie sehr nahe, der ein autarkes Europa vorschwebte. Das selbe Bild zeigt sich in der Beurteilung der Luftkämpfe im Sommer 1940, bei denen sich die

Schweizer Piloten durch fliegerisches Können und Verteidigungsbereitschaft auszeichneten. Den Siegen in der Luft folgte eine scharfe Protestnote der Reichsregierung. Die offizielle Schweiz machte darauf enorme Zugeständnisse. Sie verzichtete sogar auf den Neutralitätsschutz mit Jagdflugzeugen (!), der ihr völkerrechtlich zustand.

Diese Beispiele zeigen, dass Anpassung und Widerstand zwei Seiten der selben „Medaille“ sind. Eine strikte Trennung in Signale der Anpassung und solcher des Widerstandswillens ist eine grobe Vereinfachung. Sie ist nur aus unserer Sicht möglich, die wir den Ausgang der Geschichte kennen. Für die Beurteilung des Handelns der Menschen in der Zeit des Zweiten Weltkriegs greift ein solches schwarz-weiss Bild zu kurz.

Im Folgenden zeigte Tanner nun die Wechselwirkung zwischen Dissuasion und (wirtschaftlicher) Kooperation auf, oder anders gesagt die vielfältigen Beziehungen zwischen militärischem Widerstand und wirtschaftlicher Anpassung.

Der norwegische Konfliktforscher Johan Galtung entwickelte hierfür ein einfaches Modell: Sein Zentralbegriff ist „Sicherheit“. Diese war durch die Kriegsgefahr akut gefährdet. Zur Erhaltung der territorialen Unversehrtheit stehen grundsätzlich die bereits genannten Möglichkeiten offen. Man konnte versuchen sich nützlich, oder gar unentbehrlich zu machen (Kooperation) oder den möglichen Angreifer mit militärischen Mitteln abzuschrecken (Dissuasion). Die Wechselwirkung wird deutlich, wenn man sich in die Rolle der entscheidenden Instanz versetzt. Diese muss zum Beispiel entscheiden, ob sie die Männer als Arbeitskräfte oder als Soldaten einsetzen soll. Zudem ist zu entscheiden, ob die produzierten Güter für die eigene Verteidigung einzusetzen sind, oder, mit grösserem Nutzen, für die Aufrüstung des potentiellen Gegners. Dieser würde als Gegengeschäft wiederum Nahrungsmittel und Rohstoffe liefern, die ihrerseits wieder der Landesverteidigung zugute kämen. Eine stabile Beschäftigungslage ist für den sozialen Frieden im Innern unabdingbar, der gerade für ein Land, das auch auf Abschreckung und „Wehrbereitschaft“ setzt von entscheidender Bedeutung ist.

Es ist klar, dass die Frage der moralischen Richtigkeit solchen Tuns, in diesen Überlegungen nicht berücksichtigt wurden, dass sie aber von Entscheidungsträgern immer auch berücksichtigt werden müssen.

Zum Beispiel das Réduit

Das „Réduit national“ von 1940 war seinerzeit ein zentrales Symbol des Widerstandswillens in einer verunsicherten Schweiz. Auch heute noch gelten der Rütli-Report und der „Rückzug“ der Schweizer Armee in die Alpen unbestritten als Manifestation des Abwehrwillens. Untrennbar mit diesen Begriffen verbunden ist die Person des Generals.

Der Topos der „Alpenfestung“ oder „Gotthart-Zitadelle“ stammt aus dem 19. Jahrhundert. Der Rückzug in die befestigten Berge, in starkes, den Verteidiger begünstigendes Gelände, war keine Idee des Zweiten Weltkriegs. Von entscheidender Bedeutung war auch die Symbolkraft des Gottharts als Wiege und Kern der Schweiz im Geschichtsdenken jener Zeit.

Zum ersten Mal wurde ein Rückzug in „zurückgelagerte Stellungen“ bereits 1939 erwogen, damals allerdings von deutschfreundlichen Offizieren. Nach dem deutschen Sieg in Polen sollte dem Reich signalisiert werden, dass man in der Schweiz die Zeichen der Zeit erkannt hatte. Gleichzeitig war die Idee gegen General Guisan und dessen „Plan Nord“ gerichtet, der von einem möglichen deutschen Vorstoss über die Schweiz gegen Frankreich ausging. Guisan blieb bei seinem Konzept. Hierauf antworteten seine Gegner mit einem Réduitplan: Die Armee sollte in die Alpen zurückgezogen werden und einer intensiven Ausbildung unterzogen werden (!). Chef der Ausbildung war damals Guisans Gegner Korpskommandant Ulrich Wille, der vom General wegen seiner deutschfreundlichen Haltung auf diesen Posten abgeschoben wurde. Guisan entliess seinen Generalstabschef Labhart. Dessen Nachfolger Huber bekämpfte nun den Rückzugsplan seines Vorgängers, dieser hätte, so Huber, ein „völlig falsches Signal ans Ausland gegeben“.

Oberst Adolf Gehrman entwarf am 17. Mai 1940 eine Vorstudie zum späteren „Réduit national“. Der Plan hatte nun Chancen doch noch realisiert zu werden, denn die strategische Lage hatte sich grundlegend geändert. Guisan sah sich auch gezwungen der völligen militärischen Isolation ein neues Konzept entgegen zu stellen. Wille kooperierte derweil mit deutschen Stellen, um Guisan aus dem Amt zu jagen. Die Deutschen informierten ihn über Aktenfunde im besetzten Frankreich, die beweisen konnten, dass der General vor 1940 mit Frankreich zusammengearbeitet hatte. Die Zusammenarbeit eines schweizerischen Offiziers mit einer ausländischen Macht, zur Beseitigung seines Oberbefehlshabers, kann wohl nur mit Hochverrat bezeichnet werden. Zu einem Prozess kam es aber nie. Als seine Position nach dem Rütli-Report wieder gefestigt war, fegte Guisan seine Widersacher aus allen wichtigen Stellungen.

Das Réduit wurde im Sommer 1940 Tatsache. Das Verdienst des Generals bleibt mit dem Rütli-Report ein Zeichen gesetzt zu haben. Der „Rückzug“, den Guisan 1939 als Kniefall vor den Deutschen ablehnte, hatte durch die Demonstration des Abwehrwillens auf dem Rütli eine völlig neue Bedeutung bekommen. Die harsche Reaktion Hitler-Deutschlands war zwar einerseits auf den Abschreckungseffekt der (damals noch unvollendeten) Alpenfestung zurückzuführen, andererseits aber auch auf die Klarstellung der schweizerischen Position, oder zumindest derjenigen der Armeeführung.

Aus einem Zeichen der Anpassung, war ein Symbol des Widerstands geworden.

Das Réduitkonzept blieb aber problematisch, was keiner besser wusste als Guisan selbst. Die Soldaten hätten das Gefühl sich zurückziehen zu müssen und ihr Land im Stich zu lassen, schrieb er im Juli 1940. Der Begriff der *Grenzbesetzung* hatte all seine Bedeutung verloren und wurde durch die Bezeichnung *Aktivdienst* ersetzt.

Dem Bezug der Réduitstellungen folgte die Demobilisierung zweier Drittel der Armee, die im Widerspruch zu den Bekundungen des Rütli-rapports stand. Wenn der Bestand auch kaum für die ganze Dauer des Krieges auf 450'000 Mann hätte belassen werden können, so geschah diese Schwächung doch zu einem unsicheren Zeitpunkt und in einem kritischen Ausmass. Die Demobilisierung lässt sich aber mit den Forderungen der Wirtschaft erklären, die Produktion zu steigern und Arbeitsplätze zu beschaffen, „côte que coûte“ wie Bundespräsident Pilet-Golaz es nannte. Man machte keinen Hehl daraus, dass dies der Stillung des deutschen „Warenhungers“ zu Gute kommen sollte.

Ein Rätsel bleiben zudem die Bemühungen Guisans gegenüber dem Bundesrat eine neue Deutschland-Politik durchzusetzen. Er beabsichtigte die Entsendung einer hochrangigen Delegation nach Berlin, „pour tenter un apaisement et instituer une collaboration“, wie er selbst sagte. Für Deutschschweizer ist die Wortwahl, die uns an die negativ besetzten Begriffe *Appeasement* und *Kollaboration* erinnert besonders stossend. Dafür kann man Guisan natürlich nicht verantwortlich machen. Die Aufgabe einer solchen Delegation, und was die Beweggründe des Generals waren ist allerdings völlig unklar.

Jakob Tanner hatte Wirtschaftliche Kooperation und militärische Dissuasion in eine enge Beziehung gesetzt.

Von einer Wechselwirkung und sogar Überlappung zwischen den Polen Anpassung und Widerstand hat man im traditionellen Geschichtsbild der Schweiz im Zweiten Weltkrieg nie gesprochen. Die „Leistung“ der Wirtschaft für die territoriale Unversehrtheit des Landes wurde verschwiegen, der militärische und politische Widerstand überbewertet und verklärt. Viele Fragen blieben unbeantwortet, weil sie nie gestellt wurden. Die Schuldfrage brauchte nie gestellt zu werden, weil die Opfer bis vor wenigen Jahren geschwiegen haben, oder nicht gehört wurden.

Dieses selbstherrliche Geschichtsbild schützte uns nicht vor verbalen Attacken aus dem In- und Ausland. Es vermag uns heute weder innern Halt zu geben, noch wird es den Leistungen und Irrungen der Betroffenen gerecht.

In der anschliessenden Diskussion ist mir aufgefallen, dass sich Jakob Tanner einer kritischen Haltung einiger Votanden gegenüber sah, die ihre Aufgabe in einer Rechtfertigung damaligen Tuns erkannten. Tanner hatte, wenn überhaupt, nur verhaltene Kritik geäussert und die Probleme mit unserer Vergangenheit vor allem auf das Verhalten nach 1945 zurückgeführt und nicht auf Fehler während des Krieges.

Wie ein Zuhörer behaupten konnte, der Referent hätte das Réduit von 1940 als Demutsgeste gegenüber Hitlerdeutschland bezeichnet, ist mir ein Rätsel. Ich kann es mir nur mit dem Bild erklären, das die Medien zum Teil sehr einseitig und plakativ von Jakob Tanner gezeichnet haben. Nur wer mit einer vorgefassten Meinung in den Glarnerhof kam, konnte auch zum Schluss kommen Tanner verkenne den Widerstandsgedanken des Wahlen-Plans. Auch die Klage, „junge Historiker“ würden nur das Negative berichten, wird durch ständiges Wiederholen nicht richtiger, denn Tanner hat mit seinem Referat genau das Gegenteil bewiesen.

Aus persönlichen Erlebnissen während des Krieges sein Geschichtsbild, und das derer, die diese Zeit nicht erlebt haben zu erhellen, ist von unschätzbarem Wert. Einem Universitätsprofessor aber seine späte Geburt „vorzuwerfen“ und daraus zu schliessen, er könne die Fakten nicht rekonstruieren ist, gelinde gesagt, schwer nachzuvollziehen. Auch wenn ich tagtäglich mit Bewegungsabläufen und Lichterscheinungen zu tun habe, käme es mir doch nie in den Sinn, mich für einen Physiker zu halten.

Ein Zuhörer hat mehr Aufgeschlossenheit aller Generationen gefordert. Er sagte die Wahrheit läge wohl, wie überall, etwa in der Mitte. Aspekte dieser Mitte hat Jakob Tanner aufgezeigt. Seine Aussagen waren im besten Sinn des Wortes neutral.

Fakten können unangenehm sein. Es kann aber nicht die Aufgabe eines Wissenschaftlers sein diese zu ignorieren.

Dr. Peter Hug ist Historiker an der Universität Bern. Er sprach am 11. Januar im Glarnerhof vor dem Historischen Verein über „Die Erfindung der schweizerischen Neutralität im 19. Jahrhundert und die Folgen“.

„Die Neutralität ist kein konstitutioneller und politischer Grundsatz, der in eine Bundesverfassung gehört, indem man nicht wissen kann, ob derselbe nicht einmal im Interesse der eigenen Selbständigkeit verlassen werden muss. (...) Die Neutralität ist kein Mittel zum Zweck; sie ist eine

dermalen angemessen erscheinende politische Massregel, um die Unabhängigkeit der Schweiz zu sichern; allein, die Eidgenossenschaft muss sich das Recht vorbehalten, unter gewissen Umständen, sofern sie es für zuträglich erachtet, aus ihrer neutralen Stellung heraus zu treten.“

Mit diesen Worten begründete im Juni 1848 die Mehrheit der Tagsatzung die Ablehnung eines Antrags der Kantone Glarus, Zug und Schaffhausen. Die drei konservativ regierten Orte wollten die „Wahrung der Neutralität“ in der zukünftigen Verfassung verankert sehen, womit sie sich nicht durchsetzten. Kein einziger der übrigen Stände stimmte für ihren Antrag.

In einer 1999 erhobenen Meinungsumfrage wollten 80 Prozent der befragten Schweizer die Neutralität als „Prinzip der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik“ erhalten.

Am Ende des Jahrhunderts scheinen die Schweizerinnen und Schweizer unbedingt an etwas festhalten zu wollen, was die Väter der modernen Schweiz, 150 Jahre früher, nicht einmal für verfassungswürdig erachteten. Es scheint im Laufe der Zeit ein Wandel in der Haltung zur Neutralität und der Bedeutung, die man ihr beimisst stattgefunden zu haben. Oder doch nicht?

Trotz der seit Jahren ungebrochenen Popularität der Neutralität als aussenpolitisches Prinzip, waren letztes Jahr nur 33 Prozent der Befragten der Ansicht, sie stünde einem EU Beitritt im Wege. Bloss 46 Prozent glaubten die „Bewaffnete Neutralität“ trage zu Sicherheit und Stabilität in Europa bei.

Das bedeutet, dass die Neutralität für die heutige Bevölkerung kaum noch praktische Bedeutung hat und mehr und mehr zu einer leeren Formel verkommt. Der Begriff der Bewaffneten Neutralität stiftet nach wie vor Identität, die aussenpolitische Handlungsfreiheit wollen sich die Schweizer aber offenbar von ihr nicht einschränken lassen. Man behält sich eben auch das Recht vor, aus „der neutralen Stellung herauszutreten“.

Die Haltung zur Neutralität sei eng mit den aktuellen Geschichtsbildern verbunden, glaubt Karl Haltiner von der Militärischen Führungsschule der ETH, der solche Umfragen seit Jahren durchführt. 1983 sahen 61 Prozent der Befragten in der Bewaffneten Neutralität den Grund für das Verschontbleiben der Schweiz im 2. Weltkrieg. 1999 glaubten dies nur noch 34 Prozent. Die Diskussion um die Geschichte Schweiz im 2. Weltkrieg hat die Sicht auf die Neutralität stark verändert.

Haltiner gelangt zu folgenden Schlussfolgerungen: Geschichtsbilder unterliegen, wenn eine Diskussion stattfindet, einem Wandel, und: Geschichtsbilder beeinflussen aktuelle politische Grundeinstellungen. Wie sieht die Geschichte dieser Geschichtsbilder aus?

Die Schweiz: „Einigungspunkt der Völkerfamilie“

Während der Zeit der grössten Bedrohung des Landes durch Nazideutschland war das Geschichtsbild in der Gesellschaft einigermassen geschlossen. Der Grundtenor der Geistigen Landesverteidigung, das Abseitsstehen in Abwehrbereitschaft, konnte sich bis in die 80er Jahre halten, stiess dann aber auf zunehmende Kritik. Aber auch die Kritiker des „Landi-Geschichtsbildes“ gingen davon aus, dass es in der Schweiz nie einen anderen Blick auf die Geschichte gegeben hatte.

Dabei war die Igelmentalität der Kriegsjahre vor allem eine Reaktion auf das faschistische Europa, vorher war die Schweiz durchaus anders geprägt.

Um 1900 erschiene Prachtbände über die Schweiz und ihre Geschichte setzten andere Akzente. Hier war von der „internationalen Bedeutung der Schweiz“ die Rede, einer Stätte, „wo die Völkerfamilie einen Einigungspunkt findet.“ Kein Land, ausser Belgien, beherbergte damals so viele internationale Ämter wie die Schweiz. In diesen sahen Zeitgenossen den „Keim eines künftigen Weltrechts“.

Im Gegensatz zur Geistigen Landesverteidigung, berief sich das Geschichtsbewusstsein des 19. Jahrhunderts auch nicht auf eine, seit 1291, jahrhundertealte immer gleiche Tradition, sondern man war stolz sich aus der „Knechtschaft des Absolutismus“ befreit zu haben, so Johannes Sutz in seiner „Schweizer Geschichte für das Volk erzählt“ von 1899, damals in der 20. Auflage erschienen. Der Sieg der liberalen Revolution über die Gnädigen Herren des Ancien Régime bedeutete eine Zäsur, für eine Kontinuität der Neutralität und Selbstbehauptung war da kein Platz.

Der 1. Weltkrieg brachte eine der grössten Zerreihsproben für das Land. Die nationale Einheit in der Vielfalt musste betont werden. Die Schweiz war eine Insel des Friedens inmitten eines brennenden Kontinents. Die mehrsprachige Schweiz verkörperte gewissermassen die Idee des Weltfriedens.

Das war die Geburtsstunde der Sendungsidee, einer Schweiz, die zur Friedensstiftung berufen sei. Die Geschichte des Landes wurde nun nach Indizien einer Tradition des Friedens durchsucht. Max Huber liess, im Hinblick auf den Völkerbund, die alteidgenössischen Schiedsgerichte untersuchen. In der Helvetik wollte man frühe Völkerbunds-ideen entdeckt haben, in den eidgenössischen Bünden des Mittelalters erkannte man Parallelen und Lösungen zu zeitgenössischen Problemen.

Dies mündete in eine äusserst aktive Aussenpolitik, deren oberstes Ziel die Errichtung des Völkerbunds war. Die Geschichte der Schweiz präsentierte sich den Bürgern als eine Geschichte der Friedensförderung.

Der neutrale Igel

Der Bundesrat erklärte nach dem Scheitern des Völkerbundes die Geistige Landesverteidigung 1938 zum Regierungsprogramm. Die gleichzeitige „Rückkehr“ zur „integralen Neutralität“ war ein pragmatischer Schritt, damals ohne jeden ideologischen Wert. Einzig Deutschland begrüsst diesen Schritt. Der Begriff der Neutralität eignete sich daher nicht zur Betonung des Selbstbehauptungswillens. Volksfreiheit, Unabhängigkeit und Demokratie waren die Begriffe der Geistigen Abwehrhaltung gegen Faschismus und Nationalsozialismus.

Der Rückgriff auf den Ursprungsmythos von 1291 bot sich angesichts der 650-Jahr-Feier geradezu an. Die „Bergbauern“ des Mittelalters hätten sich, so Karl Meyer 1941, „mit wildbachartiger Wucht“ gegen jeden dynastischen Versuch gerichtet „zwischen Oberrhein und Alpen eine starke Hausmacht zu errichten“. Im Krieg der Worte spielte die Neutralität vorerst keine Rolle.

Dies änderte sich ab 1942. Die Kritik im Inland an der Politik des Bundesrates nahm massiv zu. Die Alliierten ihrerseits standen der Neutralität der Schweiz zusehends ablehnend gegenüber. Die politischen Eliten waren nun bemüht die Neutralität, das heisst das Abseitsstehn, die Nichteinmischung, im besten Licht erscheinen zu lassen. Historiker wie Jean-Rudolphe von Salis, die noch in den 30er Jahren die aktive Aussenpolitik geschichtswissenschaftlich untermauerten wollten nun im Verzicht auf eine solche ein „Gebot der Staatsraison“ seit dem 16. Jahrhundert (!) erkennen.

Der Basler Historiker Edgar Bonjour stellte die Neutralität erstmals 1943 ins Zentrum seiner Überlegungen. Dazu hätten ihn die „alliierten Anfeindungen der schweizerischen Neutralität“ bewogen. „Ohne Neutralität keine nationale Selbständigkeit, (...) aber auch keine schweizerische Freiheit“ schrieb er, und weiter zur eidgenössischen Staatswerdung: „Nur unter dem Schirm der Neutralität konnte sie gedeihen und erblühen. Nur die Unterwerfung der Aussenpolitik unter die Innenpolitik gestattete der Schweiz, ihre freiheitlichen Einrichtungen zu erdauern.“

In seiner „Geschichte der schweizerischen Neutralität“ von 1946 unterwarf er die ganze Geschichte der Aussenbeziehungen dem Neutralitätsbegriff. Dabei ging es ihm, wie er selber schrieb, weniger um ein wissenschaftliches Ziel, als um eine Brandmarkung der schweren Vorwürfe der Alliierten.

Nicht nur der Titel, praktisch das ganze Werk Bonjours war abgeschrieben. Bereits 1895 hatte der Historiker Paul Schweizer ein Buch mit dem gleichen Inhalt geschrieben. Damals interessierte sich allerdings fast niemand für eine auf die Neutralitätsfrage fixierte Schweizergeschichte.

Es folgten weitere Bände und in den 60er Jahren untersuchte Bonjour mit amtlichem Segen die Aussenpolitik der Kriegsjahre. Auch diese Periode der Schweizergeschichte stellte er in die Kontinuität von vier Jahrhunderten Neutralität.

Der Bundesrat griff dieses Geschichtsbild 1965 auf. So erklärte Bundesrat Wahlen, an der offiziellen Feier von 450 Jahren Marignano und 150 Jahren Wienerkongress, die „immerwährende bewaffnete Neutralität“ zum „besten Mittel“ der Aussenpolitik. Beide Ereignisse, besonders Marignano, waren früher nie ein Grund zum feiern gewesen. Aber der Blick auf die Vergangenheit hatte sich eben geändert.

Die Alte Eidgenossenschaft

Bei aller Würdigung der unbestrittenen Leistungen Bonjours und Schweizers gelten deren Thesen inzwischen als überholt. Von einer 400 jährigen „Staatsmaxime“ der Neutralität kann keine Rede sein.

Wie in allen Staaten orientierte sich die Aussenpolitik der Schweiz oder ihrer Kantone an ureigenen Interessen, nicht an abstrakten Konstrukten. Die meist sehr schmale Elite, die sich mit Aussenpolitik überhaupt beschäftigte musste sich situativ entscheiden, dabei war eine neutrale Position eine Möglichkeit, kein Prinzip.

Hallers Bibliographie zur Schweizer Geschichte von 1785-1788 belegt, dass die Neutralität kein Diskussionsthema war. Nur zwei Schriften aus dem Jahr 1689 befassen sich mit dem Thema, und beide sprechen sich gegen sie aus. Aus den folgenden hundert Jahren war Haller keine einzige Schrift zu diesem Thema bekannt.

1777 wird die Neutralität erstmals in einem Staatsvertrag erwähnt, allerdings in einem, aus heutigem Blickwinkel, ausgesprochen unneutralen Sinn. Darin verpflichten sich die eidgenössischen Orte „wenn die Not es erfordert“ Frankreich Waffenhilfe zu leisten. Die dreizehn Orte liessen sich darauf ein, weil mit diesem Vertrag kaum finanzielle Verpflichtungen verbunden waren und sie sich handelspolitische Vorteile davon erhofften.

Vierzig Jahre später, auf dem Wiener Kongress, wechselte die Eidgenossenschaft die Seite und schloss ein ganz ähnliches Bündnis mit den siegreichen Alliierten, insbesondere Österreich, ab. Die Fürsten Europas bedankten sich damit für die eidgenössische, d.h. vor allem bernische, Hilfe bei der Niederung Napoleons. Denn bereits 1813 hatte man es 130'000 Mann österreichischer Truppen erlaubt durch das Mittelland nach Frankreich zu ziehen. Bei Napoleons Rückkehr von Elba entsandte die Tagsatzung auf Anfrage Metternichs sogar Truppen, um in Genf Stellung gegen den Usurpator zu beziehen.

Die Mithilfe der eidgenössischen Orte verdankten die Alliierten mit der Anerkennung der Neutralität. Worauf die Tagsatzung den Beitritt der Orte zur Heiligen Allianz vollzog. Neutralität im heutigen Sinn wäre damit unvereinbar, denn die Allianz war ein Bündnis der reaktionären Mächte, das auch militärische Unterstützung miteinschloss. Tatsächlich fanden bald darauf zehntausende von Schweizer Söldnern den Weg in die Armeen der Heiligen Allianz, wo sie vor allem mit der Niederschlagung liberaler Bewegungen beschäftigt wurden.

Ebenso wichtig wie die Militärhilfe nach aussen war aber das Interventionsrecht ausländischer Mächte, das die Heilige Allianz im Innern vorsah. Bis 1848 war die Schweiz wegen der anhaltenden Uneinigkeit unter den Orten in ständiger Gefahr Opfer einer Intervention zu werden. Hinzu kam die mangelnde Vertretung der Orte im Ausland, so dass man völlig von den ausländischen Gesandten in den Schweizer Städten abhängig war. Diese nutzten ihre Position, um die eidgenössische Innenpolitik zu beeinflussen.

Die Aussenpolitik des Bundesstaates

Es überrascht vor diesem Hintergrund kaum, dass die Neutralität bei der Gründung des Bundesstaates kaum eine Rolle spielte. Nach der ersten Abstimmung gegen die Erwähnung der Neutralität in der Verfassung beantragte Solothurn die Streichung des Begriffs auch aus dem Geschäftskreis der Räte und des Bundesrates. Darauf verschwand der Begriff völlig, fand dann aber wieder Eingang in die redigierte Fassung einer zweiten Lesung, die dann – überraschenderweise – Zustimmung fand.

Einem Zufall ist es also zuzuschreiben, dass der Begriff der Neutralität heute in der Bundesverfassung steht.

Der Bund war nun erstmals einzige zuständige Stelle für die Aussenpolitik der Eidgenossenschaft. Dieser Domäne des Bundes kam eine ausserordentliche Klammerfunktion zu, zu einer Zeit, da die meisten Kompetenzen noch bei den Kantonen lagen. Der junge Staat hatte aber vorerst Mühe mit der Ausgestaltung seiner Politik in den Wirren der Jahre 1848 und 1849. Trotz grosser Sympathie mit den geschlagenen Aufständischen in Deutschland und Italien sah der Bund sich zu einer äusserst restriktiven Flüchtlingspolitik gezwungen.

Davon nicht betroffen war, nebenbei erwähnt, der später bekannte Sozialdemokrat Robert Seidel. Er floh 1848 aus Sachsen nach Glarus und war viele Jahre Sekundarlehrer in Mollis, bevor er nach Zürich zog, Privatdozent, Politiker und erster Redaktor des „Volksrecht“ wurde.

Die blutige Niederschlagung der Revolutionen überall in Europa, zum Teil mit der Hilfe von Schweizer Söldnern führte aber, nebst anderem, zu einem Umdenken in der Söldnerfrage. Das Aktive Anwerben von Schweizern wurde schliesslich verboten. Ein endgültiges Verbot fremder Dienste kam aber erst nach dem Krimkrieg 1856 zustande, in dem Tausende von Schweizern mitkämpften.

Der Krieg gegen das reaktionäre Zarenreich hatte in der Schweiz zu einer heftigen Auseinandersetzung geführt. Zahlreiche Stimmen in der Presse riefen dazu auf sich dem „Gesamtinteresse Europas“ unterzuordnen und aktiv in den Krieg einzugreifen. Wozu es dann ja doch nicht kam.

Eine neue Bewährungsprobe stellte der Neuenburger-Handel dar. Machtpolitische Erwägungen der jungen Schweiz führten schliesslich dazu, dass Neuenburg 1857 eine Republik und ein Kanton der Schweiz wurde. Bei den Verhandlungen mit Frankreich und Preussen spielte die Neutralität keine Rolle. Wie sollte sie auch, die Schweiz war ja Partei.

Hugs zentrale These lautete, dass die auf Begriffe der Neutralität und Wehrhaftigkeit aufgebaute Identität erst im Gefolge der europäischen Einigungskriege nach 1860, und den ernüchternden Erfahrungen der ersten Grenzbesetzung 1870/71 entstand.

Dies fand nun auch seinen Niederschlag in der Totalrevision der Verfassung von 1874, die gerade für das Wehrwesen wesentlich bedeutender war als die Bundesverfassung von 1848.

Von zentraler Bedeutung für ein neues Neutralitätsverständnis war der Wohlgemuth-Handel 1889. Preussische Spione hatten jahrelang Emigranten in der Schweiz bespitzelt. Diese fühlte sich durch die deutschen „Anmassungen“ stark verletzt. Das Militärdepartement gab hierauf eine Untersuchung über die Neutralität in Auftrag. Auch Paul Schweizers Geschichtswerk von 1895 sollte, so der Autor im Vorwort, in erster Linie eine „Reaktion auf die reichsdeutschen Zumutungen“ sein.

Die „immerwährende Neutralität“ war eine Erfindung, der vorerst keine überragende Bedeutung beschieden war. Erst durch den 2. Weltkrieg bekam sie durch Edgar Bonjour einen prägenden Einfluss auf das Geschichtsbild der Schweizer. Wieso hatte die Schweizerische These vom Stillesitzen und Abwehren so lang anhaltenden Erfolg?

Hug glaubt, dass sich die These von Neutralität und Abseitsstehen durch ihren statisch-abstrakten Charakter als Integrationsideologie eignete, und gleichzeitig den aussenpolitischen Akteuren einen vergrößerten Handlungsspielraum bot. Denn damit entfiel der Zwang, das eigene Tun demokratisch legitimieren zu müssen. Nach 1945 betonte man vermehrt, die Diplomatie kläre nur sogenannte „technische Probleme“ ab. Die Schweiz hatte offiziell keine Aussenpolitik und denen, die sie inoffiziell betrieben gefiel dieser Zustand. Um so schlimmer war das erwachen, als das Volk 1986 einen UNO-Beitritt massiv ablehnte. Die Hinterzimmerdiplomatie hatte dem Volk ihr wichtigstes Anliegen nicht verkaufen können.

Der Referent schloss mit der Überzeugung, dass die Aufgabe der Geschichtswissenschaft darin bestehen müsse, aufzuzeigen, dass die Schweiz seit jeher eine aktive und auf ihre Interessen ausgerichtete Aussenpolitik geführt hat, sich äusseren Zwängen anpassen musste und gegebenenfalls auch Bündnisse und Interessengemeinschaften einging. Wer in der Geschichte der Schweiz nach Hinweisen darauf suche, wie Schweizer und Bonjour einst nach den Mikropuren der Neutralität, werde gewiss fündig werden.

Nach seiner persönlichen Meinung befragt meinte Hug, er erachte die Neutralität heute als einen Stolperstein für eine aktive Aussenpolitik der Schweiz. Er verwies aber auch auf Österreich, wo dieser Begriff seit Kreisky geradezu zu einem Synonym für aussenpolitisches Engagement geworden ist.

Die Umfragen der ETH zeigen, dass heute etwa ein Drittel der Bevölkerung für eine massive Öffnung der Schweiz eintritt; ein Drittel, die sogenannten „Bilateralisten“, steht für eine gemässigte Öffnung und ein Drittel der Schweizerinnen und Schweizer wendet sich gegen jegliche Öffnung. „Neutralität“ ist zu einem Kampfbegriff der letzteren geworden.

Sicherheit und Stabilität garantiert sie für eine Mehrheit aber nicht mehr.